

Setzungstätigkeit unserer vollziehend-verfügenden Staatsorgane informieren will. Hier erfährt man nicht nur, in welchen Fällen und von wem in der Deutschen Demokratischen Republik eine Verordnung, Anordnung oder Ordnung usw. erlassen oder aufgehoben werden kann, sondern der Verfasser zeigt auch, wie schädlich die auf diesem Gebiet bisher vorherrschende „verwirrende und mannigfaltige Terminologie“ ist, und macht konkrete Vorschläge zu einer Überwindung dieses Zustandes, die sicher für die zukünftige Rechtsetzungspraxis der genannten Staatsorgane nicht ohne Bedeutung bleiben werden. Darüber hinaus enthält der Aufsatz auch einen Überblick über die Systematik der Normativakte der vollziehend-verfügenden Staatsorgane der Sowjetunion, in dem z. B. auch solche Formen der normativen Tätigkeit des Sowjetstaates wie die gemeinsamen Verordnungen des Ministerrats der UdSSR und des ZK der KPdSU beschrieben und erläutert werden, die vielen von uns bisher unbekannt waren.

Die Arbeit Brehmes kann als ein Musterbeispiel dafür angesehen werden, welche Möglichkeiten die Wissenschaft hat, der Praxis (hier allerdings nicht der Rechtsprechungspraxis) zu helfen. Nur eins würde man sich wünschen: eine weniger ermüdende Einleitung. „Wie man wohl weiß“ — sagte Engels (Einleitung zu „Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft“), zwar nicht mit Bezug auf Brehme oder andere Rechtswissenschaftler unserer Tage, sondern an die Adresse Dührings gerichtet — „besitzen wir Deutsche eine erschreckend gewichtige Gründlichkeit,

einen gründlichen Tiefsinn oder eine tief sinnige Gründlichkeit, wie man es immer nennen mag. So oft einer von uns etwas darlegt, was er für eine neue Doktrin ansieht, hat er es zuerst in ein allumfassendes System zu bringen. Er hat zu beweisen, daß sowohl die ersten Prinzipien der Logik als auch die Grundgesetze des Universums von aller Ewigkeit her zu keinem andern Zweck existiert haben als dazu, um schließlich und endlich zu dieser neuentdeckten, allem die Krone aufsetzenden Theorie hinzuleiten.“ —

Erwähnt werden muß schließlich noch Erhard P ä t z o l d s „Bericht von der ersten öffentlichen Verteidigung einer Dissertation an der Juristen-Fakultät der Karl-Marx-Universität in Leipzig“, der erhebliche Erwartungen in die angekündigte Veröffentlichung der Dissertation Rudolf Schneiders „Die materielle Verantwortlichkeit der Arbeiter und Angestellten in den sozialistischen Betrieben“ setzen läßt. Behandelt doch hier ein Wissenschaftler ein wirklich aktuelles und brennendes Problem des Arbeitsrechts. Bei dem Studium des Berichts erweist sich erneut die Einheitlichkeit unseres demokratischen Rechts in allen seinen Gebieten. So haben auch im Arbeitsrecht die Begriffe „Verantwortung“ und „Verantwortlichkeit“ sich durchzusetzen begonnen, während andererseits die Probleme um das Manko schon seit geraumer Zeit im Strafrecht ebenfalls eine Rolle spielen. — Ein Grund mehr für den „Spezialisten“, einmal über die Zaunpfähle zu sehen und sich zu eigenem Nutz und Frommen von den Fortschritten des Nachbarn zu überzeugen.

Berichte

Bericht über die Arbeitsrechtskonferenz am 21. und 22. Oktober 1953 in Berlin

Am 21. und 22. Oktober 1953 fand in Berlin eine vom Ministerium für Arbeit einberufene Arbeitsrechtskonferenz statt, an der neben den verantwortlichen Mitarbeitern der Abt. Arbeitsrecht im Ministerium und den Direktoren der Bezirksarbeitsgerichte Vertreter des Ministeriums der Justiz, des Ministeriums für Eisenbahnenwesen, des Generalstaatsanwalts, des Bundesvorstandes des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes und der Arbeitsrechtswissenschaft teilnahmen.

Auf der Konferenz wurden die Aufgaben der Arbeitsgerichte im neuen Kurs, Probleme der Mankohaftung, des Urlaubsrechts und Fragen aus der arbeitsrechtlichen Praxis behandelt.

I

Der Leiter der Abt. Arbeitsrecht im Ministerium für Arbeit, Gustav Schaum, eröffnete die Konferenz mit einem richtungweisenden Referat über das Thema „Der neue Kurs unserer Regierung und die Aufgaben der Arbeitsgerichte“.

Ausgehend von der bedeutsamen Entschliebung der 15. Tagung des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, wies der Referent zunächst auf die Maßnahmen der Regierung hin, die für das Arbeitsrecht besondere Bedeutung haben, wies die Lohnerhöhung in den Lohngruppen I bis IV, die umfassende Lohnsteuersenkung und die Verbesserungen auf dem Gebiete der Sozialversicherung.

Er führte dann weiter aus, daß den Arbeitsgerichten im Kampf gegen Agenten und Provokateure insofern eine große Bedeutung zukomme, als diese versuchen, durch Klage vor den Arbeitsgerichten wieder in ihre Stellungen zu gelangen, aus denen sie von den Werktätigen wegen verbrecherischer Tätigkeit vertrieben worden sind. Die Arbeitsgerichte haben bei der Entlarvung von Provokateuren und Agenten gute Arbeit geleistet: es ist keinem gelungen, durch Klage vor dem Arbeitsgericht wieder in den alten Betrieb zurückzukommen.

In diesem Zusammenhang wies der Referent darauf hin, daß die Zusammenarbeit mit den Rechtsanwälten längst nicht als befriedigend angesehen werden könne. Häufig komme es vor, daß Rechtsanwälte unsere

arbeitsrechtlichen Bestimmungen angreifen. Besonders richten sie ihre Angriffe gegen § 2 der VO zum Schutze der Arbeitskraft vom 25. Oktober 1951, der den Betriebsleitern und Betriebsinhabern die persönliche Verantwortlichkeit dafür auferlegt, daß die Arbeiter und Angestellten während der Arbeit und Anwesenheit im Betrieb vor Gefahren an Leib und Leben geschützt sind. Diese Verantwortlichkeit wird von den Rechtsanwälten als überspitzt bezeichnet. Demgegenüber wurde festgestellt, daß allen Versuchen auf Abschwächung der Verantwortlichkeit scharf entgegenzutreten sei.

An die Wissenschaftler richtete der Referent die Bitte, die Praktiker in ihrer Arbeit weiter zu unterstützen. Die bisherige Arbeit der Wissenschaft habe für die Praxis infolge der Aktualität der Beiträge zwar eine große Hilfe bedeutet, sie könne jedoch nur erst einen vielversprechenden Anfang zu einer wirklich fruchtbaren Zusammenarbeit darstellen.

Einen breiten Raum nahm in den Ausführungen des Referenten die Zusammenarbeit mit dem Freien Deutschen Gewerkschaftsbund ein. Obgleich die Gewerkschaften sich in letzter Zeit mehr mit dem Arbeitsrecht beschäftigen, schenken sie ihm doch noch nicht die gebührende Beachtung. Das geht u. a. daraus hervor, daß die gewerkschaftlichen Vertretungen bei Arbeitsstreitfällen vor den Arbeitsgerichten noch nicht mehr als durchschnittlich 20% betragen. (Aus den Berichten der Direktoren der Bezirksarbeitsgerichte ging hervor, daß dieser Prozentsatz in einigen Bezirken bedeutend niedriger liegt.)

In der Diskussion wurde scharfe Kritik an dem Verhalten einiger Staats- und Gewerkschaftsfunktionäre geübt, die die Arbeitsrichter als Formalisten oder Bürokraten ansehen, wenn diese sich strikt an das materielle oder prozessuale Recht halten. Ein solches Verhalten von Staats- und Gewerkschaftsfunktionären ist zu verurteilen. Auch der Arbeitsrichter ist ein Staatsfunktionär, und Verwaltung und Gewerkschaften sollten ihn unterstützen, statt ihm unberechtigte Vorwürfe zu machen.

Auch über die Arbeit der Wissenschaft wurde diskutiert und besonders der redaktionelle Leitartikel in